



An die Vorsitzende
des Wirtschaftsausschusses
Frau Dos Santos Herrmann

An den Vorsitzenden
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50
fax 0221. 221 246 57
mail fraktion@koelnspd.de
web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 11.05.2017

AN/0771/2017/1

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	15.05.2017
Wirtschaftsausschuss	15.05.2017

Landtagswahl 2017 – Unregelmäßigkeiten bei der Zustellung von Wahlunterlagen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Beschwerden aus dem Kreise der Wahlberechtigten zur Landtagswahl über nicht zugestellte Wahlbenachrichtigungen und Verzögerungen bei der Beantragung und Zustellung von Briefwahlunterlagen hat die SPD-Fraktion am 08.05.2017 um Aufklärung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales gebeten. Aufgrund der Beschwerden und Rückmeldungen steht u.a. zu befürchten, dass ganze Straßenzüge, z.B. in Zollstock, nicht oder nur sehr unvollständig mit Wahlbenachrichtigungen versorgt worden sind. Diese Einschätzung wird durch aktuelle Berichterstattung bestätigt. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat die Stadtverwaltung dann erst 4 Tage vor der Wahl die betroffenen Wahlberechtigten über ihr Wahlrecht informiert, obwohl Sie bereits seit dem 22.04.2017 von den systematischem Zustellproblem in Zollstock Kenntnis hatte. Dieses Schreiben ist aber nicht nur an die Wahlberechtigten gegangen, sondern aufgrund eines weiteren Fehlers bei der Stadtverwaltung z.B. auch an Minderjährige, die überhaupt noch nicht wählen dürfen.

Für das gesamte Stadtgebiet sollen demnach sogar mindestens 10.000 Wahlbenachrichtigungen nicht zugestellt worden sein. Zudem soll es zahlreiche Fälle geben, in denen Wahlberechtigte zeitgerecht ihre Briefwahlunterlagen beantragt haben, diese ihnen aber bis heute nicht zugestellt wurden. Die Stadtverwaltung hat in diesem Zusammenhang bereits bestätigt,

dass es Probleme mit dem eingesetzten Postdienstleister gibt. Die städtische Wahlhotline verweist bei Rückfragen zu nicht zugestellten Wahlbenachrichtigungen und Briefwahlunterlagen mittlerweile ebenfalls auf Probleme mit dem aktuellen Postdienstleister. Nicht zugestellte Wahlbenachrichtigungen haben zumindest eine negative Auswirkung auf die Wahlbeteiligung und das Briefwahlverfahren. Unregelmäßigkeiten bei der Zustellung von Briefwahlunterlagen können sich sogar unmittelbar auf die Stimmabgabe und damit auf das Wahlergebnis auswirken.

Die SPD-Fraktion bittet deshalb um Beantwortung folgender Frage:

6. Hat der aktuelle Postdienstleister bereits in der Vergangenheit Wahlunterlagen für die Stadt zugestellt und sind in diesem Rahmen Unregelmäßigkeiten bei der Zustellung bekannt geworden (Verspätungen, keine Zustellungen in ganzen Straßenzügen etc.)? Falls ja, warum hat die Stadtverwaltung erneut den Zuschlag an diesen Dienstleister erteilt? Gedenkt die Verwaltung auch zukünftig, z.B. zur Bundestagswahl 2017, diesen Dienstleister mit der Zustellung von Wahlunterlagen zu betrauen?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin